

ADI BUXBAUM



DES
UNSOZIALEN

Was sie sagen, was sie meinen

Die Inhalte in diesem Buch sind vom Autor und dem Verlag sorgfältig erwogen und geprüft worden, dennoch kann keine Garantie übernommen werden. Eine Haftung des Autors bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist ausgeschlossen.

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
T 01/662 32 96-0 | F 01/662 32 96-39793
office@oegbverlag.at | www.oegbverlag.at

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
© 2023 Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Druck: druck.at Druck- und Handelsgesellschaft mbH, 2544 Leobersdorf
2., aktualisierte Auflage
ISBN: 978-3-99046-668-1

EIN BUCH FÜR DIE VIELEN!

Dieses Buch ist trotz kompakten Umfangs ziemlich großzügig angelegt: Es setzt keine Vorkenntnisse der Leser:innen voraus und es ringt mir selbst als Autor nicht den Anspruch auf Vollständigkeit ab. Es zeigt viele Perspektiven auf und regt idealerweise zum Nachdenken an, wenn es um die Bewertung der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft des Sozialstaats geht.

Das Buch ist zu wesentlichen Teilen im Gefolge von Pandemie, Krieg in der Ukraine und Teuerung entstanden und führt viele meiner bisherigen Arbeiten und jene aus meinem beruflichen Umfeld möglichst einfach, bunt und mosaikartig zusammen.

Warum ist dieses Buch wichtig? Manche Angriffe auf den Sozialstaat sind keineswegs offensichtlich. Sie verstecken sich hinter vordergründig technischen, ursprünglich unverdächtigen Begriffen wie z. B. „Strukturreform“. Andere Angriffe basieren hingegen klar auf neoliberalen und neokonservativen Erzählungen, die – selbst, wenn sie gebetsmühlenartig wiederholt werden – alles andere als ein Segen für die Mehrheit der Bevölkerung sind! Ich denke, es ist notwendig, gemeinsam aufzustehen und diesen Angriffen auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft entschieden entgegenzutreten und v. a. Haltung zu wahren. Das gelingt mir am besten mit guten Argumenten, Fakten und Erfahrungswissen zu Debatten, die ich für die Leser:innen kompakt zusammenfassen werde.

Im Hauptteil präsentiere ich in der ABC-Logik eine Sammlung von realen oder drohenden Angriffen auf den Sozialstaat. Anschließend skizziere ich mit einem empathischen Zugang zu den Anliegen der Vielen die vorhandenen Stellschrauben für gesellschaftlichen Fortschritt.

Trotz der Themenvielfalt und der gegebenen Komplexität beim Umgang mit sozialpolitischen Fragestellungen habe ich mich – v. a. zur besseren Verständlichkeit – bewusst für einen überwiegend ungezwungenen Schreibstil entschieden. An den geeigneten Stellen gibt es aber Verweise auf differenziertere und analytische Quellen und Belege. Oft sind das Verweise auf den interdisziplinären Blog Arbeit&Wirtschaft, der geistige Brücken baut und sich dem gesellschaftlichen Wohlergehen und breiten Diskurs ver-

schrieben hat.¹ Auch die Website www.sozialleistungen.at, bei der ich redaktionell mitarbeite, bündelt viele wertvolle Informationen und Argumente rund um den Sozialstaat.

Dieses Buch ist übrigens keiner politischen Partei gegenüber nachsichtig – im Gegenteil! Die angebrachte und beschriebene Kritik zu den gesellschaftlichen Schieflagen richtet sich nicht nur an die Akteur:innen der Gegenwart. Sie adressiert vielfach auch Verantwortungsträger:innen der letzten Jahr(zehnt)e, selbst wenn die Diskursanalyse mehr an den Jahren der jüngeren Vergangenheit ansetzt. Hervorzuheben ist, dass viele Gräben in der Gesellschaft somit nicht neu, sondern nur tiefer sind, das gebietet die Fairness bei der Darstellung. Das Buch ist dennoch parteiisch – es möchte eine unüberhörbare, kritische Stimme „von unten“ sein!

Sie als Leser:innen sind eingeladen, mit mir in Diskurs über den Sozialstaat zu treten. Reden wir darüber!

ADI BUXBAUM

EINLEITUNG

Österreich und viele andere Länder stehen am Scheideweg in der Frage, wie der Sozialstaat weiterentwickelt werden soll. Die Folgen der Pandemie und die Teuerung haben sich längst zu einer sozialen Krise ausgeweitet, in der gesellschaftliche Ungleichheiten stärker sichtbar wurden und werden. Ob die akuten sozialen Probleme angegangen werden und die Weichen in Richtung gesellschaftlichen Fortschritts gestellt werden, hängt v. a. davon ab, ob es gelingt, den Sozialstaat und die Sozialpolitik allgemein als integralen Teil der Lösung zu sehen.

Österreichs Sozialstaat hat die Krise gesamtwirtschaftlich teils merklich abgefedert, doch er muss fortschrittsorientiert weiterentwickelt werden und sich von neokonservativen Rückschritten vergangener Jahre entschieden emanzipieren. Das wird wohl schwieriger als erhofft, denn nach dem internationalen Durchbruch neoliberaler Denkmuster und der Verschiebung von Machtverhältnissen von Arbeit zu Kapital besonders in den letzten 40 Jahren ist der Sozialstaat oft systematisch demontiert oder zumindest in Verruf gebracht worden.

Die dabei propagierte kritische Haltung gegenüber der staatlichen Verantwortung und der unbeirrbar Glaube, dass der „freie Markt“ – trotz einschneidender Finanz- und Wirtschaftskrisen – bessere Ergebnisse z. B. für die Verteilung von Einkommen und Lebenschancen brächte, ist nunmehr tief in den Köpfen breiter Teile der Gesellschaft verankert.

Im Folgenden beschreibe ich in Teil 1 zuerst moderne Angriffe auf den Sozialstaat in alphabetischer Reihenfolge. Aber wie trist wäre es, wenn es nur bei dieser Angriffs- und Verteidigungsdarstellung bliebe und keine machbaren, fortschrittlichen Szenarien und Politikoptionen angesprochen würden. Daher erfahren Leser:innen in Teil 2, in einem Ausblick, mehr über einen visionären Rahmen für künftige Reform- und Gestaltungsvarianten der sozialstaatlichen Absicherung.

Zur besseren Übersicht bringe ich jeden Buchstaben mit einem bestimmten Sozialstaatsthema in Verbindung. Auf meistens zwei bis drei Seiten werden wichtige Debattestränge im Thema angerissen und – sofern es sich anbietet – um eingängige Grafiken und Darstellungen ergänzt. Jedes Kapitel enthält ein kurzes Fazit, das auch als Schnell-

lesevariante geeignet sein kann, während die ergänzenden Verweise ein Angebot zur Vertiefung darstellen.

Wir beginnen nun also mit Teil 1, der sich von „A“ wie Abgaben bis „Z“ wie Zusammenhalt zentralen Themenbereichen widmen wird. Damit sollten wichtige Positionen von Gegner:innen des Sozialstaats sichtbar gemacht und ausreichend erklärt sein.

Ich plädiere stets für soziale Antworten auf viele der angesprochenen Dimensionen der sozialen Frage. Für mich ist eine umfassende, inklusive Form der Solidarität elementar, weil nur sie den sozialen Zusammenhalt über die Spaltung in der Gesellschaft stellt.

Dass genug für alle da ist, nur nicht für jedermanns Gier (angelehnt an Mahatma Gandhis wichtigen Gedanken „The world has enough for everyone’s need, but not enough for everyone’s greed.“), wird auch z. B. von Caritas-Präsident Michael Landau immer wieder betont! Ob dieser Gedanke schon in den Köpfen und Herzen genug Platz bekommen hat, wird im Folgenden kritisch hinterfragt.

Gehen wir es an!



MODERNE ANGRIFFE

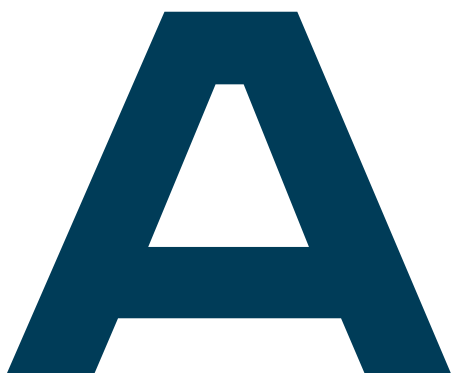
TEIL I: MODERNE ANGRIFFE AUF UNSEREN SOZIALSTAAT

Unter modernen Angriffen auf den Sozialstaat sind nicht zwingend neue Debattenstränge zu verstehen. Auch alte Vorurteile – z. B. gegenüber arbeitsuchenden oder armutsbetroffenen Menschen – oder solche in neuen Gewändern sind hier möglichst kompakt im „ABC des Unsozialen“ Schritt für Schritt ausgeführt.

Gerade in und nach Krisen spitzen sich Verteilungsdebatten in der Regel besonders zu, weil die öffentlichen Haushalte in wirtschaftlich schlechten Zeiten unter Druck geraten und der Spielraum entscheidend enger wird. Politische Machtverhältnisse bestimmen dann wesentlich, welche Prioritäten in den Budgets gesetzt werden. Aber auch die veröffentlichte Meinung und zentrale gesellschaftspolitische Debatten haben Einfluss auf die Entscheidung, wer in welcher Form Hilfe und Unterstützung bekommen „soll“.

So kann es passieren, dass bei Unternehmen eine Überförderung bewusst in Kauf genommen wird, während andere den Gürtel noch enger schnallen müssen, weil sie einfach nicht genug „Lobby“ oder Solidarität hinter sich vereinen können. Es ist auch wenig überraschend, wenn dann wieder Konzepte zur sozialen „Treffsicherheit“ aus der Schublade geholt werden, die in Wirklichkeit nichts anderes verheißen als mehr Druck auf Arbeitsuchende, Mindestsicherungsbezieher:innen oder andere Gruppen, die es ohnedies schwer haben.

Es mutet ungerecht an, und das ist es auch, wenn wir gleichzeitig beides beobachten: Überversorgung und Mangel! Warum das so sein kann und welchen Beitrag die einzelnen Diskurse dazu leisten, möchte ich nun zeigen.



... ABGABENQUOTE – JE NIEDRIGER, DESTO BESSER

Wenn es um das Thema Steuern geht, dann werden schnell Emotionen frei. Das „Zahlen müssen“ oder das „Tricksen“ bei der Steuerpflicht – unmittelbar landen wir unabhängig von der eigenen Position bei starken Bildern, die eher mit Last oder mit Paradiesen zu tun haben. So kann man sich gut vorstellen, dass die einen Schwerstes zu schultern haben – Stichwort „Steuerlast“ –, während andere in paradiesischer Leichtigkeit – Stichwort „Steuerparadies“ oder „Steueroase“ – durchs Leben gehen, indem sie ihren vorbestimmten Steuerbeitrag schlichtweg verschleiern, minimieren bzw. verkürzen.

Wenn Arbeiter:innen und Angestellte auf ihren Lohnzettel schauen und ihr Brutto mit dem Netto vergleichen, dann erfüllt es manche mit Wehmut und sie würden die Differenz gerne verringern. Auch für mich stellt sich mindestens einmal im Jahr die Frage, wie ich bei meiner Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung die Nachforderung kleiner oder die Gutschrift größer machen kann, und ich merke dabei kurz einen inneren Widerstand – aber wogegen eigentlich?

Wenn ich ehrlich bin, richtet sich bei mir der Widerstand weniger gegen den Umstand, mit meinen Steuern und Beiträgen elementare Leistungen des Staates zu finanzieren – von Spitälern über Pensionen für Ältere bis zur Schulausstattung für Kinder. Vielmehr geht es bei mir um das technisch fehlerfreie Ausfüllen des Finanz-Online-

Formulars und das Hoffen, dass die Vorberechnung dabei eine gute Nachricht bringt. Jetzt ließe sich einwenden: Und? Was ist schlecht daran, wenn wir alle weniger Steuern zahlen wollen? Was ist schlecht daran, wenn der Staat den „Gürtel enger schnallen“ muss, weil die Einnahmen ausbleiben oder geringer als erwartet ausfallen?

Das regelmäßig strapazierte Bild eines „schlanken Staates“ mag ja auf den ersten Blick verlockend wirken. Politisch wird dabei oft von Parteien die Forderung nach der Senkung der Abgabenquote – das ist die Summe aus Steuern und Abgaben (z. B. Sozialversicherungsbeiträge) im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – erhoben.² Schaut man sich beispielsweise die Wahl- oder Regierungsprogramme – nicht ausschließlich, aber besonders pointiert von (rechts-)konservativen Parteien – der jüngeren Vergangenheit an, findet man mitunter das klar formulierte Ziel, die Abgabenquote von derzeit rund 43 Prozent (2020) auf 40 Prozent zu senken.

Dieses Programm zur Abgabensenkung wird häufig mit viel Trommelwirbel und vermeintlicher Reformwut umrahmt: „Klassiker“ sind dabei z. B. Rufe nach „weniger Bürokratie“, „Verschlankung von Strukturen“ und mehr „Effizienz“ oder „Sparen im System“. Ziele wie diese können möglicherweise beeindrucken. Mitunter entstehen Erwartungen hinsichtlich breiter Steuersenkungen, eines besseren Service bei öffentlichen Dienstleistungen oder Träume von budgetären Spielräumen für Zukunftsinvestitionen – vielleicht ja für die eigenen Kinder.

Im Realitäts-Check verblasst dieses hübsche Bild ziemlich schnell und stellt sich bald als trojanisches Pferd erster Güte dar, vor allem in Bezug auf den Sozialstaat. Denn dieser funktioniert in der „Slim-fit“- bzw. der „ausgehungerten“ Version einfach nicht. Er passt so weder für 90 bis 95 Prozent der Gesellschaft, die auf ihn angewiesen sind, noch für verschiedene – oft schwierige – Lebenslagen.

Niedrigere Abgaben und Steuern in der Höhe von drei Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) haben ihren Preis. Auf Sicht bedeutet eine Senkung der Abgabenquote notgedrungen einen dauerhaften Einnahmehausfall von derzeit rund 14 Milliarden Euro pro Jahr. Dass dies wohl zu niedrigeren Leistungen führen muss, ist augenscheinlich. Die große „Sozialstaats-Abrissbirne“ kann starten.

Die Senkung der Abgabenquote lässt sich somit auch als mutwillige Unterfinanzierung interpretieren, die mittelfristig Reformdebatten lostritt, den (Sozial-)Staat mit dem Slogan des (vermeintlich) „schlechten Wirtschaftens“ in Misskredit bringt und die „Sparspirale“ erst so richtig in Gang setzt.

Statt die Struktur bzw. das Aufkommen der Abgaben fairer zu gestalten und die arbeitenden Menschen – den „Faktor Arbeit“ – zu entlasten, bedeutet eine Forderung nach

Senkung der Abgabenquote realistisch gesehen nicht das Beseitigen der ungerechten Einnahmenstruktur des Staates, sondern schlichtweg die Fortsetzung der steuerlichen Besserstellung und Steuervermeidung von Vermögenden und Einkommensstarken.³ Die mit einer Abgabensenkung in der Regel verbundenen Einsparungen – es stehen dann ja weniger Mittel zur Verfügung – werden hingegen die Mitte der Gesellschaft und ganz besonders die materiell Schwächsten, die es ohnedies schwer haben, hart treffen.

Dass wir mit weniger Steuern und Abgaben wirklich besser dran wären, darf also gestrost bezweifelt werden. Im Gegenteil: Österreich wirbt bezüglich Standortqualität gerne mit Stabilität, sozialem Frieden und leistungsfähiger Infrastruktur.⁴ An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass es den Menschen in Dänemark – und der dänischen Volkswirtschaft allgemein – mit der höchsten Abgabenquote in der Europäischen Union ziemlich gut geht.

FAZIT

Um rund 14 Milliarden Euro sinkende Staatseinnahmen bedeuten mutwilligen Sozialabbau, und es stellt sich unmittelbar die Frage: Wo wird der bedrohliche Rotstift im Sozialsystem zuerst angesetzt?

AUF EINEN BLICK

Definition:

Abgabenquote = Summe aus Steuern und Abgaben (z. B. Sozialversicherungsbeiträge) dividiert durch die Wirtschaftsleistung (BIP; 2022 rund 450 Milliarden Euro für Österreich)

Relevante Werte aktuell:

Abgabenquote Dänemark 2020: 48 Prozent des BIP
(höchste Abgabenquote in der EU)

Abgabenquote Österreich 2020: rund 43 Prozent des BIP
(Teil des oberen Drittels der EU)

Eine Reduktion von 43 Prozent um drei Prozentpunkte auf 40 Prozent bedeutet rund 14 Milliarden Euro weniger Spielraum im Budget!
